

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 12

Artikel: Marxistische Staatsauffassung und Regierungskoalition
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Marxistische Staatsauffassung und Regierungskoalition.

Von ***

Zwölf Millionen proletarische Stimmen wurden am 20. Mai 1928 in Deutschland abgegeben, von welchen neun Millionen auf die sozialdemokratische und drei Millionen auf die kommunistische Liste fielen. 42 Prozent aller Wähler haben mit der Arbeiterklasse gestimmt. 296 Arbeitervertreter stehen im Parlament den übrigen 286 Volksvertretern gegenüber. Nach dem Wahlkampfe war die Regierung zu bestellen. Lange dauerte das Hin und Her, bis die Richtlinien für die neue Regierung aufgestellt und umgrenzt waren. Ein Feilschen und Markten hüben und drüben, bis die Koalition geboren und die Persönlichkeiten für das Ministerium auserkoren waren. Wahrlich ein erhebendes Schauspiel für den Außenstehenden. Noch im letzten Moment schien sich alles wieder zu zerschlagen. Nun ist die Koalition doch zustande gekommen. — Ueberall aber, wo das Proletariat auf dem Wege zur Mehrheitspartei gewinnend vorwärts schreitet, werden ähnliche Situationen getroffen. In jedem Lande, ist die Arbeiterklasse einmal zu einer großen Partei herangewachsen, wird grundsätzlich die Frage der Mitarbeit an der Regierung aufgeworfen. Einer solchen Diskussion möchten die nachfolgenden Zeilen rufen.

Was auch immer Marx und Engels über den Staat und die Politik in theoretischer Untersuchung dargestellt haben, sind sie dabei von einer soziologischen Grundauffassung ausgegangen. Sie haben den Staat, sein Entstehen und sein Sichverändern als eine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens aufgefaßt, als ein Zutagetreten des sozialen Kaufalbegriffes. Staat und Gesellschaft sind für Marx keine entgegengesetzten Begriffe. Sobald von Gesellschaft die Rede ist, ist ohne weiteres klar, daß es sich nicht um einzelne isolierte Wesen handeln kann, die sich willentlich zusammengeschlossen haben, sondern um soziales Sein und Geschehen, um aufeinander bezogene Wesen, eben um vergesellschaftete Wesen, deren Gesellschaft historisch-ökonomisch bestimmt ist. So folgen die vergesellschafteten Wesen dem Sein und Geschehen der Gesellschaft. Hier sei wieder einmal an die berühmte Stelle in Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Stuttgart, 1897, S. 11, erinnert, die wie keine andere geeignet ist, diese Verhältnisse klarzumachen: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“ — Jede Produktionsstufe zeigt also wieder ihre besondere Ordnung des gesellschaftlichen Lebens und bildet sich auch ihre besondere Form des Rechtes. Wie bereits gesagt, wird bei Marx

der sogenannte Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft aufgehoben, mit der Ueberlegung, daß der Staat nur eine historische Erscheinungsform des gesellschaftlichen Lebens überhaupt sei. Diese Form hat sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet, herausgebildet auf Grund der freien Machtentfaltung des unbeschränkten Besitzes und deren Träger. So entstand die heutige bürgerliche Gesellschaft, der heutige bürgerliche Staat. Ein Staat, der unter dem Vorwande gefährdeter Staatsinteressen nach seinem Gutdünken schaltet und waltet, unterdrückt und bevorzugt. So wird der Staat zur Herrschaftsorganisation. Deshalb kommt Marx im Kommunistischen Manifest dazu, zu erklären, daß der Staat die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern sei. Dieser Satz gilt für jeden heute bestehenden Staat, ganz gleichgültig, was für eine äußere Form er sich gegeben hat, ob Monarchie, ob Demokratie. Solange wir nicht zur sozialen Demokratie vorgeschritten sind, wird die politische Demokratie sich den politischen und juristischen Ueberbau so wählen, daß die historischen Formen des Staates gewahrt bleiben. Dies führt uns wieder zum eigentlichen Thema. Es war nötig, sich diese Grundlage zu verschaffen und zu vergegenwärtigen, um in der Koalitionsfrage klarzusehen. Ich begnüge mich denn auch, in der Folge lediglich gewisse Fragen anzuschneiden, die dann mit dem bisher über das Entstehen des Staates und dessen Organisation Gesagten in Verbindung zu setzen sind. Denn die Regierung, bestehe sie aus einer Mehrheit, einer Minderheit oder aus einer Koalition, hat den Staat zu verwalten, dessen Bedürfnisse zu untersuchen und eventuell zu befriedigen, sie hat nach außen und innen zum Rechten zu sehen. Auch die Koalition muß regieren.

So entsteht die Frage, unter Hinweis auf die einleitend gemachten Ausführungen, ob die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an einer Regierung der Sache der Arbeiterschaft förderlich ist, oder ob sie nicht eher zur Verdunkelung und Zersetzung der Bestrebungen der Arbeiterschaft führen kann.

Gewiß stimmt jeder Wahlsieg freudig, läßt das Herz höher schlagen und erzeugt jenes Stärkegefühl, das jeden Beteiligten hebt und auch innerlich dem mit Sehnsucht erhofften Ziele näher bringt. Die Genugtuung, auf der richtigen Straße zu marschieren, macht sicher. — Der Verstand aber fängt an zu prüfen, zu kritisieren, zu überlegen. Die ernste Frage entsteht, sollen die durch den Sieg der Arbeiterschaft in die Hände erhaltenen Mittel und Positionen schon jetzt und unaufschiebbar angewendet werden? Kann schon jetzt das Proletariat im Sinne der gesteckten Grundsätze vertreten werden, ist eine Vertretung in der Regierung überhaupt nötig und nützlich? Oder sollen diese Mittel einstweilen nicht nur dazu verwendet werden, um zu gegebener Zeit als machtvolle Abwehr gegenüber Angriffen der andern zu dienen? Genügt es nicht bis zur alleinigen Uebernahme der Regierung, daß man die größte Partei ist? Muß der Gegner nicht viel eher mit der größten Partei rechnen bei allen seinen Maßnahmen, wenn er überhaupt durchdringen will? Werden der Partei nicht die Tätigkeitsmöglichkeiten gebunden, wenn sie mit in der Regierung sitzt und an deren Geschäften teilnimmt? Kann durch den Ein-

tritt in die Regierung, durch die Koalition, wirklich etwas für die Arbeiterklasse erreicht werden, wenn man sich der einleitend gemachten Feststellungen erinnert, was der Staat für eine Organisation ist? Solche Fragen sind nicht nur innerhalb eines Landes und als taktische Fragen interessant, sie sind international und prinzipiell von Bedeutung.

Jeder Wahlkampf, und um so stärker, je mehr die Sozialdemokratische Partei sich der Mehrheitspartei nähert, führt auf beiden Seiten zu den erbittertsten Kämpfen, zur Bekämpfung des Gegners mit allen Mitteln. Die prinzipiellen Gegensätze werden aufgedeckt, Feuer und Wasser stehen sich gegenüber. Man denke an die Gegensätze in der Schweiz, freisinnig, sozialdemokratisch, christlichsozial, gemeinwirtschaftlich, privatwirtschaftlich, Hausbesitzer, Arbeitermieter. Ist zwischen den Vertretern dieser Richtungen ein ernstes solides Arbeitsbündnis möglich, wie dies die Koalition verlangt? Die Kämpfer, die vor kurzem noch auseinanderreißen wollten, wollen jetzt zusammenspannen, alle in einer Richtung gehen, artig sich vertragend? Ist bei den aufgezeigten Gegensätzen überhaupt ernstlich nur die Möglichkeit, ohne Preisgabe der eigenen Ueberzeugung, ohne Preisgabe der eigenen Politik, eines Zusammenschlusses mit dem Gegner gegeben? Auf der bürgerlichen Seite ist höchstes Ziel Erhaltung des Staates und dessen Einrichtungen, auf der sozialdemokratischen Seite ist höchstes Wollen die Erstrebung der sozialen Demokratie. Grundsätzliches will hier wie dort behauptet werden.

Man muß sich klar sein, daß, sobald Sozialisten an der Regierung teilnehmen, diese die Pflichten und Sorgen des Staates mitübernehmen, selbstverständlich die Sorgen des bürgerlichen Staates. Den Vertretern des letztern mag dies nur recht sein. Können überhaupt sozialistische Regierungsmitglieder andere Politik als bürgerliche Politik betreiben, solange sie noch Vertreter der bürgerlichen politischen Demokratie sind? Bedeutet dies aber nicht das Wegwerfen sozialistischer Prinzipien und tatsächliche Teilnahme an der bürgerlichen Herrschaftsorganisation? Bei diesen letzten Konsequenzen muß doch der unlösbare Widerspruch, der bei jeder Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung entsteht, in die Augen springen. Selbstverständlich verstehe ich unter Teilnahme an der Regierung immer Teilnahme an der Landesregierung und nicht die Teilnahme an der Verwaltung in Verwaltungsdistrikten, wie dies Gemeinden, Bezirke oder Kantone sind, die ohne merkbaren Einfluß auf das Wohl und Wehe der Gesellschaft bestehen.

Eine andere Frage: Kann nicht aus dem vorgehend Gesagten, durch die Teilnahme an der Regierung, in großen Kreisen unserer Bewegung Mißtrauen entstehen, welches wiederum große Teile unserer Partei nach dem kommunistischen Lager abdrängen könnte? Setzt man sich durch die Teilnahme an der Regierung nicht der Gefahr aus, Berräucherungspolitik zu treiben, nicht aus eigenem Entschluß, sondern weil man mit in dem Ding ist? Ist eine Regierung, an der proletarische Vertreter teilgenommen haben, deswegen schon je eine soziale Regierung geworden?

Bleibt unsere Partei aber Oppositionspartei und übt sie keine Regierungsgeschäfte aus, so bleibt sie klar, lebensfrisch und kritisch. Es verbleibt

ihr überall, wo es nötig ist, Uebel und Gegensätze aufzudecken und Heilung zu verlangen. Diese grundsätzliche Politik muß aber bei der Koalition eingestellt werden, weil die Mitverantwortung besteht. Ist die Teilnahme an einer Koalition nicht zu teuer erkauft für den Gewinn, der für unsere Kreise entsteht durch die Mitarbeit, welchen wir in keiner Weise leugnen wollen? Jedoch muß man sich aber stets klar bleiben, daß im heutigen gesellschaftlichen und politischen Leben sich zwei feindliche Mächte gegenüberstehen, auf der einen Seite die kapitalistische Klasse, auf der andern die Arbeiterklasse. Diese aber fordert eine totale Ueänderung in der Organisation der Gesellschaft. Marx brachte auch diese Forderung zum Ausdruck, wenn er an Kugelmann von der Notwendigkeit schrieb, nicht mehr wie bisher die bürokratisch militärische Maschine aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen. („Neue Zeit“, XX, 1, S. 707.) Verbindet man die Auffassung von Marx über die soziologischen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft mit der Frage der Teilnahme an einer Regierung, so ersieht man ohne weiteres, daß bei grundsätzlicher Einstellung eine Entscheidung nicht sehr leicht sein dürfte, wenn man sich nicht durch Tagespolitik oder Opportunitätsgedanken leiten läßt. Es ist deshalb wohl an der Zeit, sich mit diesem Fragenkomplex auseinanderzusetzen. Das aufgeworfene Problem will hier nicht erschöpfend dargestellt werden, sondern jeden Leser zum Nachdenken und eventueller Meinungsäußerung einladen. Alle diese Fragen werden auch uns in der Schweiz in nicht allzuferner Zeit beschäftigen; wieviel wertvoller ist es aber, beizeiten sich über die zu gehenden Wege klar zu sein.

Sozialdemokratie und Völkerbund.

Von Ernst Reinhard.

Am französischen Parteitag begründete Grumbach die Notwendigkeit einer weitem Anwesenheit Paul Boncours in Genf mit dem Wunsche deutscher Sozialisten, auf französischer Seite einen sozialistischen Verhandlungspartner vorzufinden. Die Mitarbeit Boncours und der französischen sozialistischen Partei am Völkerbund wurde als programmatische Forderung aufgestellt. In Frankreich hat Léon Blum den Völkerbund energisch in Schutz genommen und die sozialistische Mitarbeit gefordert. Er veröffentlichte im Dezember 1927 im „Populaire“ eine ganze Artikelserie, in der er sich die Argumente Paul Boncours fast restlos zu eigen machte. „Zwei Uebertreibungen sind zu vermeiden. Die erste bestünde darin, das gesamte internationale Leben vom Völkerbund absorbieren zu lassen, die andere wäre eine systematische Abkehr, eine Schädigung des Völkerbundes durch unser Mißtrauen und unseren Verdacht. Diese letztere Haltung läßt sich je länger, je weniger rechtfertigen, seit Deutschland und Rußland in Genf eingerückt sind, das erstere offiziell, das letztere mit provisorischen Vorsichtsmaßnahmen. Die Sozialistische Partei vergißt nicht, daß der Völkerbund als Vereinigung von Staaten nicht